

PRESSEINFORMATION 37/2022

Zumeldung zur Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums: „ESF-Förderprogramm unterstützt Kleinbetriebe bei der betrieblichen Ausbildung“

IHKs begrüßen weitere Finanzspritze des Landes für Ausbildung

Stuttgart, 16. Mai 2022 – „Alles, was den Betrieben bei der Ausbildung hilft, ist in diesen Tagen besonders willkommen und hilfreich“, sagt Marjoke Breuning, Vizepräsidentin des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK). Vor allem helfe das durch das Landesministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus unterstützte ESF-Förderprogramm „Ausbildungsbereitschaft stärken REACT-EU“ insbesondere kleinen Unternehmen, die es bei der betrieblichen Ausbildung zumeist nicht leicht hätten und die Kosten für die Ausbildung häufig nicht ohne Weiteres stemmen könnten, so Breuning. In der gegenwärtigen Situation sei es besonders wichtig, die Fachkräftebasis im Land zu stärken. „Die duale Ausbildung ist der Motor zur Fachkräftegewinnung. In mehr als 323 dual zu erlernenden Ausbildungsberufen können Jugendliche ihre individuellen Stärken und Talente nutzen und entwickeln, um dann in eine Zukunft mit vielfältigen Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten zu starten.“

Auch die IHKs im Land sind mit einer großen Bandbreite an Ausbildungs-Projekten am Start oder beteiligen sich an Landes- und Bundesprojekten, wie zum Beispiel dem „Sommer der Berufsbildung“, dem Vermittlungsprojekt „Azubi gesucht“, dem Bewerbungsformat Azubi-Speeddating oder der bewährten Initiative „Ausbildungsbotschafter“.

Ansprechpartner für die Redaktionen:

IHK Region Stuttgart
Anke Seifert
Telefon 0711 2005-1322
E-Mail: anke.seifert@stuttgart.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.